

# Fraktion direkt

CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag



## Zur Lage

### Organspenden sind einzigartige Form der Mitmenschlichkeit

Einigung der Fraktionen ist ein eindrucksvolles Signal



Volker Kauder

Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Lengemann

Nach intensiver Diskussion haben sich die Spitzen der großen Fraktionen im Bundestag auf eine Neuregelung der Organspende geeinigt. Bereits in der kommenden Woche wird ein Gruppenantrag eingebracht, für den mein Kollege von der SPD, Frank-Walter Steinmeier, und ich schon länger geworben haben. Diese Verständigung ist ein eindrucksvolles Signal an die Bevölkerung. Jeder Bürger wird über den Nutzen der Organspende intensiv aufgeklärt. Jeder wird gebeten, sich zu dieser Frage zu äußern. Ich bin überzeugt: Das wird seine Wirkung nicht verfehlen, auch wenn die Zahl der Organspender nicht von heute auf morgen rasant steigen wird.

In den nächsten Wochen müssen wir vor allem diese Zahlen noch bekannter machen: In Deutschland warten über 12.000 Menschen jedes Jahr auf ein Spenderorgan. Drei von ihnen sterben täglich, weil es in unserem Land nicht ausreichend Organspender gibt. Wir müssen noch mehr

über einzelne Schicksale sprechen, Menschen vorstellen, die durch ein Spenderorgan ein neues Leben beginnen konnten. Und wir müssen folgenden tief berührenden Gedanken noch mehr verbreiten: Am Ende meiner Existenz schaffe ich mit meiner Organspende einen Neuanfang für andere.

#### Niemand wird gezwungen werden

In den Beratungen aller Fraktionen gab es auch Vorschläge, die Bürger quasi zu verpflichten, sich als Organspender zur Verfügung zu stellen. Nur durch einen ausdrücklichen Widerspruch hätten sich die Bürger dem entziehen können. Mit vielen anderen bin ich der Meinung: Die Entscheidung über eine Organspende ist eine höchstpersönliche Sache. Durch Zwang würde sich die Bereitschaft der Menschen, sich als Organspender zur Verfügung zu stellen, nicht erhöhen. Die Entscheidung berührt den Kern der Persönlichkeit. Niemand muss sich daher äußern und einen Spenderausweis ausfüllen.

Wichtig ist, dass wir neben der Einführung dieser sogenannten Einverständnislösung noch zwei Dinge erreichen. Wir müssen für die Kliniken Rechtssicherheit schaffen. Das wollen wir, indem die Bereitschaft zur Organspende auf der Gesundheitskarte dokumentiert werden soll. Wir gehen davon aus, dass diese Karte im Zweifelsfall eher auffindbar ist als ein Organspendeausweis. Und: Die Kliniken müssen sich mehr mit der Frage von Organspenden beschäftigen. Das soll durch das neue Transplantationsgesetz erreicht werden, das jetzt auch im Bundestag beraten wird.

*Volker Kauder*

## Inhalt

Organspenden sind einzigartige Form der Mitmenschlichkeit	1
Energetische Gebäudesanierung – Blockade beenden	2
Koalition einigt sich auf Bündel an Reformmaßnahmen	3
„Es geht um Nächstenliebe, nicht um Zwang“	4
Anstieg der Stromkosten soll gebremst werden	5
Chance der neuen Demokratiebewegung nutzen	6
Effiziente und klimafreundliche Energieerzeugung stärker fördern	7
Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer neu verteilt	7
Zur Zukunft unseres Wohlstands	8
Auch EU-Kommission arbeitet im Zeichen der Schuldenkrise	8
Arbeit ist für den Menschen da	9
Auch der Rohstoffhandel muss reguliert werden	10
Letzte Seite	11

## Impressum

Herausgeber  
Peter Altmaier MdB  
Stefan Müller MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

Telefon (030) 227 53015  
Telefax (030) 227 56660  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Kommentar

# Energetische Gebäudesanierung – Blockade beenden



Peter Altmaier  
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Energieeffizienz ist der Schlüssel für das Gelingen der Energiewende und Antrieb für die Entwicklung hochinnovativer Produkte, die den Wettbewerbsvorsprung unserer Industrie weiter ausbauen werden. Unsere Energieeinsparungs- und Klimaschutzziele werden wir vor allem über die Energieeffizienz erreichen. Die privaten Haushalte in Deutschland verbrauchen jährlich etwa 745 Terawattstunden Energie. Sie sind damit mit fast einem Drittel am gesamten Energieverbrauch in Deutschland beteiligt. Zusätzlich wird durch Heizen, Kühlen, Arbeiten und Wohnen in Gebäuden etwa ein Drittel des gesamten produzierten CO<sub>2</sub> freigesetzt. Dabei sind gerade im Gebäudebereich die Potenziale zur Energie- und damit zur CO<sub>2</sub>-Einsparung gewaltig. Das gilt vor allem für den großen Altbaubestand, der überwiegend vor 1979 saniert wurde, als es noch keine gesetzlichen Regelungen zur Gebäudedämmung gab. Fast alle alten Gebäude sind bis heute gar nicht oder kaum energetisch saniert. Nicht nur die Klimabilanz, auch die finanzielle Situation der Bürger und des Staates würde sich durch die energetische Gebäudesanierung enorm verbessern. Viele Experten

sind der Meinung, dass mit effizienter, moderner Heiztechnik und baulichem Wärmeschutz etwa 50 Prozent aller Heizkosten eingespart werden könnten.

Aus diesen Gründen hat der Deutsche Bundestag im vergangenen Sommer das „Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen“ verabschiedet, mit dem Ziel, den Wärmebedarf der Gebäude zu senken – allein bis 2020 um 20 Prozent. Bis zum Jahr 2050 soll der Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein, die Gebäude sollen also nur noch einen sehr geringen Energiebedarf haben. Bis heute aber wird das Gesetz vom Bundesrat abgelehnt, weil sich viele Länder nicht an dieser wichtigen gesamtstaatlichen Aufgabe beteiligen wollen. Dabei würden auch sie von der Umsetzung energetischer Sanierungsmaßnahmen finanziell deutlich profitieren. Eines ist klar: Die Umsetzung der Klimaschutzziele und der dafür notwendigen Energiewende fallen unter die gesamtstaatliche Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden. Gerade in den Ländern würden die im Gesetz vorgesehenen steuerlichen Anreize enorme private Investitionen auslösen, die den Ländern finanzielle Rückflüsse und vor allem Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer einbrächten. Die Länder würden mit der flächendeckenden Umsetzung der energetischen Gebäudesanierung zu den Gewinnern der Reform gehören, finanziell und auch wirtschaftspolitisch. Sie sind ja die Standorte der deutschen Hochtechnologie-Industrie. Unsere Fraktion hatte vor kurzem einen Energiepolitischen Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft organisiert. Hier wurde unser steuerliches Förderprogramm fast einhellig begrüßt. Aus all diesen Gründen müssen die Länder endlich bereit sein, ihren Beitrag zum Gelingen der Energiewende zu leisten, und die Opposition sollte sich endlich verantwortlich zeigen und ihre Blockade im Vermittlungsausschuss beenden.

# Koalition einigt sich auf Bündel an Reformmaßnahmen

## Warnschussarrest kommt – Kooperation für bessere Universitäten

Die Spitzen der Koalition von CDU/CSU und FDP haben sich am vergangenen Sonntag auf ein Bündel an Reformen verständigt. Beim ersten Treffen des Koalitionsausschusses in diesem Jahr im Kanzleramt ist es gelungen, vor allem im Justizbereich ausführliche Diskussionen abzuschließen und zu Ergebnissen zu kommen.

Ein Überblick über die wichtigsten Beschlüsse:

### Gemeinsames Sorgerecht nicht verheirateter Eltern

Die Rechte lediger Väter werden gestärkt. Durch ein sogenanntes erleichtertes Antragsverfahren wird gewährleistet, dass Väter zügig das Sorgerecht erhalten, wenn dies dem Kindeswohl nicht widerspricht.

### Jugendstrafrecht

Es wird künftig einen sogenannten Warnschussarrest geben. Zusätzlich zu einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe sollen Richter einen Jugendarrest von ein bis vier Wochen verhängen können. Damit wird eine neue Form des erzieherischen Einflusses möglich.

Außerdem soll das Strafmaß für Heranwachsende (also Personen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren) bei Mord von 10 auf 15 Jahre erhöht werden. So wird künftig ein angemessener Schuldausgleich möglich sein.

### Gewerbliche Sterbehilfe

Die gewerbsmäßige Vermittlung von „Gelegenheiten“ zur Selbsttötung soll unter Strafe gestellt werden. Sterben als Dienstleistungsangebot widerspricht dem christlichen Menschenbild und ist menschenverachtend.



Bundeskanzleramt

© fotobeu - Fotolia.com

### Urheberrecht

Es ist eine ausgewogene Regelung für das Leistungsschutzrecht für Presseverlage gefunden worden. Dies bedeutet: Suchmaschinen wie Google müssen künftig für die Verbreitung von Presseerzeugnissen – wie Zeitungsartikel – ein Entgelt an die Verlage zahlen. Auf diese Weise werden Presseverlage an Gewinnen gewerblicher Internet-Dienste beteiligt. Der private Nutzer, der einen Zeitungsartikel im Internet liest, wird nicht vergütungspflichtig.

### Bildung

Der Bund soll die Wissenschaft an Hochschulen nicht nur projektbezogen, sondern auf Dauer fördern können. Dies gilt vor allem für besonders herausragende Projekte, die derzeit mit der Exzellenzinitiative gefördert werden. Das verfassungsrechtlich verankerte „Kooperationsverbot“ zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich soll gelockert werden.

### Stiftung für Finanzmarktprodukte

Die Stiftung Warentest soll ihre Information über Bankberatung und Finanzprodukte ausdehnen. Dafür erhalten die Berliner Verbraucherschützer 1,5 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr.

### Energie

In einem genauen Fahrplan ist beschrieben worden, was in der Energiepolitik in diesem Jahr umgesetzt werden soll. 1,5 Milliarden Euro soll für die energiesparende Sanierung von Gebäuden ausgegeben werden, wenn der Bundesrat grünes Licht gibt. Dies wurde bekräftigt.

### Alternde Gesellschaft

Die Bundesregierung wird bis zum Frühjahr eine Demografiestrategie vorlegen. Die Fragen der alternden Gesellschaft sollen umfassend aufgeworfen und Lösungsansätze präsentiert werden. Dazu zählt auch die Zukunft des ländlichen Raums. Hier ist auch eine Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen tätig.

# „Es geht um Nächstenliebe, nicht um Zwang“

## Jens Spahn im Gespräch mit Fraktion direkt über den fraktionsübergreifenden Beschluss zur Entscheidungslösung bei der Organspende



Jens Spahn  
Gesundheitspolitischer Sprecher der  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

In Deutschland warten 12.000 Menschen auf eine Organspende. Viele von ihnen sterben, weil sie nicht rechtzeitig ein Spenderorgan erhalten. Um die Bereitschaft der Menschen zur Organspende zu steigern, haben die Fraktionen des Deutschen Bundestages in der vergangenen Woche beschlossen, eine sogenannte Entscheidungslösung einzuführen. In der kommenden Sitzungswoche soll der entsprechende Gruppenantrag erstmals im Bundestag beraten werden. „Fraktion direkt“ sprach mit dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jens Spahn, über die Neuerung.

**Herr Spahn, was bedeutet Entscheidungslösung?**

Spahn: Die Entscheidungslösung bedeutet, dass wir aktiv alle Bürgerinnen und Bürger in regelmäßigen Abständen auffordern wollen, sich für oder gegen eine Organspende zu entscheiden und diese Entscheidung auch zu dokumentieren. Zu diesem Zweck werden sie von ihren Krankenkassen oder privaten Krankenversi-

cherungsunternehmen angeschrieben. Dabei ist ganz wichtig, dass die Entscheidung freiwillig ist und auch die Möglichkeit besteht, sich nicht zu entscheiden. In diesem Falle werden weiter – wie heute – die Angehörigen im Falle des Falles zu Rate gezogen – mit dem Ziel, den Willen des potentiellen Organspenders zu klären.

**Warum kann man es nicht bei der jetzt geltenden Zustimmungslösung belassen?**

Spahn: Laut Umfragen stehen rund 75 Prozent der Bevölkerung einer Organspende positiv gegenüber. Dokumentiert haben das aber nur rund 25 Prozent. Nach der aktiven Aufforderung und der Zusendung von Informationsmaterial und einem Organspendeausweis gehe ich davon aus, dass deutlich mehr Bürgerinnen und Bürger diese Entscheidung auch dokumentieren werden.

## „Tod und Sterben ist ein Tabuthema“

**Warum tun sich Menschen so schwer, ihre Organe nach ihrem Tod zur Verfügung zu stellen?**

Spahn: Grundsätzlich ist das Thema Tod und Sterben ein Tabuthema in unserer Gesellschaft. Daher sehen wir die Notwendigkeit, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf und der Konfrontation aller mit diesem Thema eine neue Diskussion auch über diese Frage in der Gesellschaft anzuregen. Am Ende muss jeder selbst entscheiden, was mit ihm und seinen Organen nach seinem Tod geschieht.

**Wäre eine Widerspruchslösung nicht effektiver, wenn man möglichst**

**schnell die Zahl der Organspender erhöhen will?**

Spahn: Die Widerspruchslösung, wie sie zum Beispiel in Spanien praktiziert wird, führt nachweislich nicht zu einer höheren Spendenbereitschaft. Die Widerspruchslösung zwingt jeden, der seine Organe – egal aus welchen Gründen – nach dem Tod nicht spenden möchte, zu einer Erklärung. Es geht um Nächstenliebe, nicht um Zwang. Ich persönlich halte einen Zwang für ethisch unverträglich.

**Wie wird die Bereitschaft zur Organspende dokumentiert? Wird es ein öffentliches Register geben?**

Spahn: Klare Antwort – nein, es wird keine öffentliche Dokumentation geben. Ziel muss es sein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger seine Organspendebereitschaft selbst dokumentieren – und zwar unkompliziert und jederzeit. Deshalb wird in einem ersten Schritt jedem ein Organspendeausweis zur Verfügung gestellt. Dieser enthält die Aufforderung, seine Organspendebereitschaft hierauf zu dokumentieren und diesen bei sich zu tragen. In einem zweiten Schritt wird es auch die Möglichkeit geben, dass die Krankenkasse nach Berechtigung des Versicherten die Organspendebereitschaft einmalig auf der elektronischen Gesundheitskarte dokumentiert. Der Versicherte kann im Anschluss jederzeit alleine an einem Kartenleseterminal oder gemeinsam mit seinem Arzt diese Erklärung wieder ändern. Bei einem Register wäre weder der schnelle Zugriff jedes Einzelnen auf seine Entscheidung noch der Datenschutz entsprechend gesichert. Daher lehnen wir eine derartige Lösung, übrigens fraktionsübergreifend, ab. Ein Register ist nicht nötig.



# Anstieg der Stromkosten soll gebremst werden

## Erste Lesung des Gesetzes zur Neuregelung der Vergütung von Strom aus Solaranlagen

Im Bundestag wurde in dieser Woche intensiv über das „Gesetz zur Änderung des Rechtsrahmens für Strom aus solarer Strahlungsenergie und zu weiteren Änderungen im Recht der Erneuerbaren Energien“ diskutiert. Damit soll das geltende Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) geändert werden. Ziel des Gesetzentwurfes der Koalitionsfraktionen ist es, die Vergütung für Photovoltaikstrom an die gesunkenen Systempreise anzupassen. So sollen die Kosten für die Verbraucher wirksam begrenzt werden. Damit reagiert die christlich-liberale Koalition auf den erheblichen Zubau von Photovoltaikkapazitäten im vergangenen Jahr. Gleichzeitig sollen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in dieser Zukunftsbranche erhalten werden. Grundlage der Gesetzesinitiative ist eine Formulierungshilfe der Bundesregierung.

### Gestaffelte Absenkung der Vergütungshöhe

Um den künftigen Zubau zurückzuführen, erfolgt eine Einmalabsenkung der Vergütungshöhe für neue Anlagen nach Anlagengröße gestaffelt um durchschnittlich 20 Prozent bei Photovoltaik-Dachanlagen und um durchschnittlich 25 Prozent bei Freiflächenanlagen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass durch den Degressionsmechanismus im geltenden EEG zum 1. Juli 2012 ohnehin eine Absenkung der Vergütung um 15 Prozent erfolgt wäre. Insofern fällt die nun geplante zusätzliche Reduzierung der Vergütung moderat aus. Die Vergütungsdegression erfolgt zudem künftig nur noch monatlich, nicht jährlich und beträgt 0,15 Cent pro Kilowattstunde.

Um Photovoltaikanlagen stärker an den Markt heranzuführen, soll nur noch ein bestimmter Prozentsatz der in der Anlage produzierten Strom-

menge förderfähig sein. Kleine Dachanlagen bis zehn Kilowatt Leistung erhalten die EEG-Vergütung nur für 85 Prozent der im Kalenderjahr erzeugten Strommenge, bei allen anderen Anlagen soll die vergütungsfähige Strommenge auf 90 Prozent festgelegt werden. Darüber hinaus erzeugter Strom muss künftig selbst genutzt oder vermarktet werden.

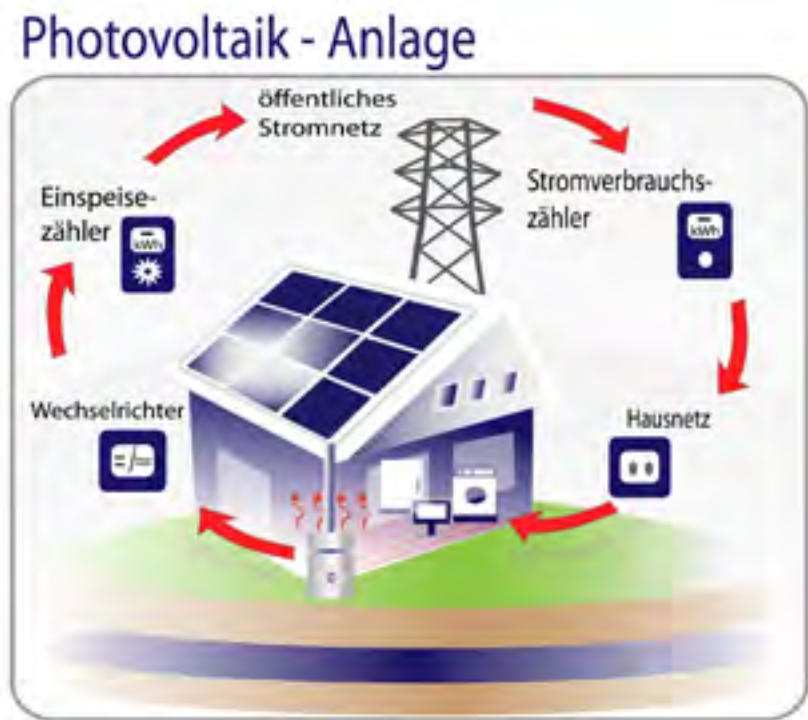
### Flexibel auf Marktentwicklung reagieren

Um in Zukunft schneller auf die Marktentwicklung reagieren zu können, soll das Bundesumweltministerium ermächtigt werden, im Einvernehmen mit dem Bundeswirtschaftsministerium mit einer Verordnung kurzfristig nachzusteuern. Mit der neuen Verordnungsregelung werden im Falle der Über- oder Unterschreitung des jeweils geplanten Zubaus flexible Änderungen der Vergütungshöhe ermöglicht.

### Vertrauensschutz gestärkt

Der Gesetzentwurf und die ihm zugrunde liegende Formulierungshilfe der Bundesregierung sind vor der Einbringung als Fraktionsinitiative in zwei Berichterstattergesprächen der Koalition und im Koalitionsausschuss am 4. März 2012 intensiv diskutiert worden.

Im Ergebnis sind erste Anpassungen beim Vertrauensschutz und bei der Beteiligung des Deutschen Bundestages an den vorgesehenen Verordnungsermächtigungen erfolgt. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat hier vor allem ein deutliches Signal für den Vertrauensschutz gesetzt, indem sie sich für eine Ausweitung der Übergangsregelungen eingesetzt hat. Es ist absehbar, dass diese Regelungen zu einem höheren Zubau bei Photovoltaikanlagen in der Übergangsphase führen werden. Gleichwohl sind die Anpassungen richtig, denn wir stehen gerade auch für Investitionssicherheit und Vertrauensschutz.



© Angela Stolle - Fotolia.com

# Chance der neuen Demokratiebewegung nutzen

## Nach den Präsidentschaftswahlen in Russland

Der Verlauf der russischen Präsidentschaftswahlen ist für die Unionsfraktion Anlass zu ernster Sorge über die Entwicklung Russlands. Laut Berichten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gab es bei der Wahl in jedem dritten Wahllokal Unstimmigkeiten sowie ungleiche Bedingungen im Wahlkampf. Die russische Führung hat die Chance nicht genutzt, durch faire und transparente Wahlen der wachsenden Kluft zwischen Staat und Gesellschaft entgegenzuwirken, stellt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff fest. Diese Kluft droht sich durch das harte Vorgehen gegen Oppositionelle weiter zu vertiefen.

### Bürger als Partner des Staates

Es ist eine große Chance für Russlands Entwicklung, dass viele Russen wieder bereit sind, sich aktiv für die Modernisierung ihres Landes zu engagieren. Aktive Bürger sind nicht Gegner, sondern wichtigster Partner des Staates, so der Unionsausenpolitiker. Sie sind bereit, das Land voran zu bringen. Sie erwarten vom künftigen

russischen Präsidenten allerdings auch Veränderungen und Reformen. Vor allem die russische Mittelschicht begehrt politische Rechte, Transparenz und Teilhabe. Diese Mittelschicht wird derzeit in der russischen Politik nicht repräsentiert. Schon bei den nächsten Wahlen 2018 könnte sie 40 Prozent der Wählerschaft ausmachen. Wird die Mittelschicht ausgegrenzt, kommt es zu einer weiteren Abwanderung von Menschen und Kapital aus dem Land. Wenn Russland zur fünfgrößten Wirtschaftsmacht aufsteigen soll, wie es Putin als Ziel seiner Politik postuliert hat, ist er auf die Bürger der Mittelschicht angewiesen.

Deshalb sollte die russische Führung, einen neuen Dialog mit den aktiven, innovativen und kreativen Gruppen in der Gesellschaft beginnen, appelliert Schockenhoff. Dafür ist ein friedlicher Umgang mit Demonstrationen ein erstes wichtiges Signal. Die Menschen in Russland erwarten, dass ihr künftiger Präsident auch nach den Wahlen am Grundsatz von „Vertrauen, konstruktivem Dialog und gegenseitigem Respekt zwischen Gesellschaft und Regierung“ festhält, für den er sich

im Wahlkampf ausgesprochen hatte. Ebenso wichtig ist die Aufklärung aller Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschafts- und Duma-Wahlen und die glaubwürdige Überprüfung der Urteile gegen den Ex-Yukos-Eigner Michail Chodorkowski und 31 weiterer Fälle, die Präsident Medwedew angekündigt hat.

### Gemeinsam mit der EU für die Zukunft Russlands

Laut Schockenhoff ist Russlands Anspruch, Großmacht und globaler Akteur „auf Augenhöhe“ sein zu wollen, ist nur durch eine umfassende Modernisierung, durch internationale Integration und Zusammenarbeit zu verwirklichen. Der wachsende Abstand zwischen Russland und den anderen BRIC-Staaten China, Brasilien und Indien, wie ihn internationale Rankings zeigen, macht deutlich, wie die Zeit drängt. Massive Rüstungsprogramme, Festungsdenken oder „privilegierte Einflusszonen“ weisen nicht in die Zukunft. Dafür braucht Russland vor allem einen Konsens mit der eigenen Gesellschaft und eine enge Kooperation mit dem wichtigsten Modernisierungspartner Europäische Union.

Deutschland und die EU stehen für eine Modernisierungspartnerschaft mit Russland bereit. Hierfür gibt es viele Ansatzpunkte – beispielsweise die für Russland wichtige Zusammenarbeit für mehr Rechtsstaatlichkeit und weniger Korruption, vor allem aber die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit, die ein neuer Schwerpunkt der Kooperation werden sollte. Den von Ministerpräsident Putin unterbreiteten Vorschlag einer Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok bewertet Schockenhoff als ein weiteres Projekt für eine vertiefte Zusammenarbeit.



Foto: AP/Alexander Zemlianichenko

# Effiziente und klimafreundliche Energieerzeugung stärker fördern

## Bundestag debattiert Novelle zum Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz

Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist eine der effizientesten und klimafreundlichsten Formen der Energieerzeugung. KWK-Anlagen erreichen sehr hohe Wirkungsgrade, da in ihnen Strom erzeugt und gleichzeitig die entstehende Abwärme genutzt wird, zum Beispiel zum Heizen oder für industrielle Prozesse.

Bisher wird die Stromerzeugung aus KWK-Anlagen im Rahmen des KWK-Gesetzes bereits durch Zuschläge auf den marktmäßigen Strompreis gefördert. KWK-Anlagen haben zudem Anspruch auf vorrangigen Zugang zum Stromnetz und – während der Dauer der Förderung – auch auf Vermarktung des Stroms durch den Netzbetreiber. Auch der Neu- und Ausbau von Wärmenetzen wird bereits gefördert.

### Mehr Strom aus KWK

Mit der von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesnovelle soll die Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung moderat ausgeweitet werden. Ziel ist, den Anteil dieser Technik an der deutschen Stromerzeugung bis zum Jahr 2020 auf 25 Prozent zu erhöhen.

Dieses Ziel hatte die christlich-liberale Koalition bereits in ihrem Energiekonzept von 2010 formuliert. Derzeit ist die Förderung auf 750 Millionen Euro pro Jahr begrenzt, die über eine Umlage auf die Stromverbraucher umgelegt werden.

Wichtige Regelungen des Gesetzesentwurfs sind unter anderem:

- Ausweitung der Förderung zu Wärmenetzen, um dem stockenden Wärmenetzausbau neue Impulse zu geben,
- Einbeziehung von Wärmespeichern in die Förderung, damit moderne KWK-Anlagen, in Zeiten geringer Wärmenachfrage stärker mit Strom betrieben werden und so die unetliche Einspeisung aus erneuerbaren Energien ausgleichen können,
- Einbeziehung der Umwandlung von Wärme in Kälte in die Förderung,
- Erhöhung der Zuschläge für KWK-Anlagen, die ab 2013 dem europäischen Emissionshandel unterliegen,
- erleichterte Förderung für die Modernisierung von KWK-Anlagen.

# Anteil der Gemeinden an der Einkommensteuer neu verteilt

## Koalition nutzt das Gesetz zur Gemeindefinanzreform für weitere Steuervereinfachung

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche das Neunte Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes verabschiedet. Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich eine Neuverteilung des Anteils von Gemeinden an der Einkommensteuer. Grundlage hierfür bilden aktuelle Daten des Statistischen Bundesamtes. Dadurch sollen die Ziele der Gemeindefinanzreform entsprochen werden: Verteilung von Steuern auf Grundlage des örtlichen Aufkommens, Nivellierung der Steuerkraft bei Gemeinden gleicher Funktion und Größe, Wahrung des Steuerkraftgefälles bei Gemeinden unterschiedlicher Funktion und Größe.

### Steuervorteile für Arbeitnehmer

Die Koalition hat das Gesetzesvorhaben aber auch dazu genutzt, andere wichtige Steuerfragen zu regeln. Bislang bestand beispielsweise Unsicherheit, wie sogenannte Home Use Programme steuerlich zu behandeln sind. Dies sind System- und Anwendungsprogramme, die der Arbeitgeber den Arbeitnehmern unentgeltlich oder verbilligt zur Nutzung auch auf dem privaten Computer überlässt. Die Koalitionsfraktionen haben durch einen Änderungsantrag dafür gesorgt, dass diese geldwerten Vorteile für den Arbeitnehmer steuerfrei gestellt werden.

So wird Arbeitnehmern der Umgang mit betrieblicher Software erleichtert. Vor allem ist die Freistellung aber eine Steuervereinfachung, da unnötiger Erfassungs- und Bewertungsaufwand vermieden wird.

### Zustimmung von Städten und Gemeinden

Das gesamte Gesetz wurde zügig auf den Weg gebracht, um den Kommunen Sicherheit für ihre Haushaltsplanung zu geben. Die Änderungen finden große Zustimmung bei den beiden kommunalen Spitzenverbänden sowie bei der großen Mehrheit der Länder.



## Zur Zukunft unseres Wohlstands

### Zwischenbericht der Projektgruppe „Entwicklung eines Wohlstandsindikators“

Die Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hat am Montag ihren Zwischenbericht der Projektgruppe 2 vorgestellt. Dieser befasst sich mit der zentralen Frage, wie wir Wohlstand messen können.

#### Mehrere Indikatoren für Wohlstand

Das Ergebnis des Zwischenberichts ist vernünftig: Wohlstand ist danach anhand mehrerer Indikatoren zu messen. Von Beginn an hat sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete-Kommission dafür ausgesprochen.

Das Bruttoinlandsprodukt soll auch künftig ein wichtiger Indikator für

die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit eines Landes bleiben. Es sind aber auch immaterielle Aspekte zu berücksichtigen, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung und Gesundheit, Arbeit und Umweltschutz. Eine Gesellschaft muss ihre Innovationsfähigkeit auf den unterschiedlichsten Feldern unter Beweis stellen.

Die simple Formel „Wirtschaftswachstum gleich Wohlstand für alle“ greift nicht mehr. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen zahlreiche Facetten berücksichtigen. Nur so können wir auch in der Zukunft umfassenden Wohlstand für die Menschen in unserem Land sichern.

#### Herausforderungen gestalten

Ab Ende des Monats wird die Projektgruppe „Nachhaltig gestaltende Ordnungspolitik“ erörtern, wie wir mit den Herausforderungen der kommenden Jahre umgehen wollen, vor allem mit dem demografischen Wandel, dem Klimawandel und der steigenden Staatsverschuldung. Wichtige Themen sind hier vor allem die Regulierung der Finanzmärkte, alle Selbstverpflichtungen der Politik nach dem Modell der Schuldenbremse oder ein Emissionshandelssystem zur Begrenzung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

## Die Fraktion im Plenum

## Auch EU-Kommission arbeitet im Zeichen der Schuldenkrise

### Bundestag debattiert Arbeitsprogramm der Brüsseler Behörde für 2012

Im Zeichen der Schuldenkrise in Europa steht auch das diesjährige Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. Als Konsequenz aus den Problemen in der Euro-Zone und mit Blick auf die sich abzeichnende wirtschaftliche Abkühlung im Euro-Raum stellt das Programm zwei Aspekte für die Arbeit der Kommission in den Vordergrund: die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit in den Mitgliedstaaten. Damit unterstreicht die Europäische Kommission ihren Willen, einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Krise zu leisten.

Wie jedes Jahr seit 2005 debattierte der Bundestag auch in diesem Jahr über das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission. Die Fraktionen nutzten diese Gelegenheit am vergangenen Freitag für eine allgemeinere europapolitische Aussprache. Das Arbeitsprogramm bot hier eine breite Palette an politisch bedeutsamen Themen: von der Reform der Finanz-

märkte über die Modernisierung des Schengen-Systems bis zur Vollendung des europäischen Binnenmarkts.

#### Für weniger Bürokratie und bessere Rechtsetzung

Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gibt die Debatte über das Programm der EU-Kommission auch Gelegenheit, genauer hinzuschauen, ob sich die Brüsseler Behörde bei ih-

ren Initiativen auf den ihr in den Europäischen Verträgen zugewiesenen Zuständigkeitsbereich beschränkt. Und umgekehrt kann der Bundestag feststellen, ob er von seinem Recht zur Überprüfung möglicher Grenzüberschreitungen – der sogenannten Subsidiaritätsprüfung – ausreichend Gebrauch macht.

Dem Europäischen Parlament hat die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm am 15. November 2011 vorgestellt.



© finecki - Fotolia.com



# Arbeit ist für den Menschen da

## Fraktion diskutiert Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt war der Anlass für einen Fraktionskongress am 7. März zum Thema „Arbeitsmarkt im Umschwung. Mehr Jobs, schlechtere Arbeit?“. Rekordzahlen bei der Beschäftigung bei gleichzeitigem Rückgang der Erwerbslosenzahlen stehen Zuwächsen bei der Leih- und Zeitarbeit und im Niedriglohnsegment gegenüber. Was bedeutet diese Entwicklung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, welche Konsequenzen müssen die Unternehmen daraus ziehen? Über diese und weitere Fragen diskutierten Vertreter der CDU/CSU-Fraktion mit etwa 260 Gästen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirche.

### Würde des Menschen als Maßstab

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach stellte ihren Ausführungen ein Zitat von Johannes Paul II. voran: „Maßstab für jede Arbeit ist in erster Linie die Würde des Menschen, der sie verrichtet.“ Die Frage sei, ob diese Würde in der heutigen Arbeitswelt noch genügend Beachtung fände. Dem hielt die Vorsitzende der Jungen Unternehmer, Marie-Christine Ostermann, entgegen: „Was nützt einem die `Würde der Arbeit`, wenn man keine Arbeit hat?“ In ihren Ausführungen machte sie deutlich, dass Politik die Bedingungen dafür schaffen müsse, dass möglichst viele neue Arbeitsplätze entstehen könnten.

Weihbischof Anton Losinger hingegen zog das Grundgesetz als Beleg für die Menschenwürde als elementares Grundrecht auch in der Arbeitswelt heran. Er sah die Aufgabe von Politik darin, jungen Menschen bei der Jobsuche wieder Perspektiven zu vermitteln, ein Ende der Generation Praktikum gehöre eindeutig dazu.



Volker Kauder auf dem Fraktionskongress  
Foto: Steven Rüsler

### Perspektiven und Positionen

Das Schlagwort „Perspektiven“ griff auch der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf. Er berichtete von seinen persönlichen Erfahrungen beim Start in das Berufsleben und richtete zugleich einen Appell an die Wirtschaft, die Zahl der befristeten Arbeitsverträge zu verringern. Bereits ein Kleinkredit sei für Menschen in befristeten Arbeitsverhältnissen teils unerreichbar. Zur Frage nach einem staatlichen Mindestlohn betonte Kauder, die Politik sei seiner Einschätzung nach nicht in der Lage, den richtigen Lohn festzusetzen. Eine gesetzliche Lohnuntergrenze, so mahnte Frau Ostermann, führe zum Verlust vieler Arbeitsplätze. IG-Metall-Chef Berthold Huber wies hingegen auf die stark gestiegene Zahl der Beschäftigten im Niedriglohnbereich hin.

### Welche Lösungen führen zum Ziel?

Huber warnte vor Teilzeitbeschäftigung als Sackgasse. Sie sei keine Lösung und erschwere insbesondere Frauen die Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung. Abgeordneter Karl Schiewerling lehnte hingegen eine pauschale Verurteilung von Teilzeit- oder Minijobs ab. Nicht wenige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hätten sich bewusst für diese Arbeitszeitmodelle entschieden, beispielsweise um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Hierfür seien, so E.ON Vorstandsmitglied Regine Stachelhaus, vor allem flexible Arbeitszeitmodelle zielführend. Gleichzeitig müsse man sich wieder bewusst machen, dass Arbeit für den Menschen da sei, und nicht umgekehrt. In diesem Sinne appellierte Abgeordneter Max Straubinger in seinem Schlusswort, den Missbrauch von Zeitarbeit zu bekämpfen. Bereits nach drei Monaten müssten Zeitarbeitnehmer den gleichen Lohn wie die Stammbeschäftigten erhalten.

# Auch der Rohstoffhandel muss reguliert werden

## Kongress der Unionsfraktion beleuchtet eine neue Form von Spekulation

Auf dem Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion „Rohstoffhandel – Brauchen wir mehr Regulierung“ wurde in dieser Woche darüber diskutiert, dass Rohstoffe auch immer mehr zu Finanzanlagen werden. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland direkt von den Preisen und der Versorgungssicherheit auf den Märkten betroffen. Insbesondere die Entwicklungsländer leiden unter den drastisch angestiegenen Preisen von Nahrungsmittelrohstoffen. Wie kann man folglich ungesunde Preisblasen im Rohstoffbereich eindämmen und die Transparenz an den Märkten erhöhen?

Lösungsansätze dafür diskutierten Experten der Finanzbranche und der Entwicklungszusammenarbeit, zum Beispiel der Chef-Bankenaufseher der Bafin, Raimund Röseler, der Börsenexperte Dirk Müller, Peter Eigen von Transparency International und der Autor der Foodwatch-Studie „Die Hungermacher“, Harald Schumann, gemeinsam mit Finanzminister Wolfgang Schäuble, dem finanzpolitischen Sprecher der Fraktion, Klaus-Peter Flosbach und der entwicklungspolitischen Sprecherin Sibylle Pfeiffer.

### Höhere Preise durch wachsende Nachfrage

Ausgangspunkt der Diskussion vor den etwa 300 Teilnehmern waren der Wandel auf den Rohstoffmärkten und stark gestiegene sowie schwankungsanfällige Rohstoffpreise. Mit der hohen Liquidität weltweit drängen immer mehr Finanzinvestoren mit neuen Instrumenten auf die Rohstoffmärkte und suchen nach attraktiven Anlagemöglichkeiten. Das könnte auch zu ungesunden Preisblasen im Rohstoffbereich führen, die das Finanzsystem insgesamt gefährden. Wissenschaftlich nachgewiesen ist der Einfluss von Finanzmarkt-Spekulation mit Rohstoffen auf die Preise aber nicht. So schwankte der Preis von Reis, der kaum spekulativ gehandelt wird, ähnlich wie der von Weizen,

Soja und Mais, den an den amerikanischen Terminbörsen wichtigsten Nahrungsmittelrohstoffen. Der Preisanstieg ist immer noch im Wesentlichen durch die wachsende Nachfrage nach Rohstoffen aus entwickelten und aufstrebenden Ländern bedingt.

### Transparenz und Kontrollen erhöhen, Volatilität verringern

Einig waren sich die Diskussionsteilnehmer, die Transparenz an den Rohstoff- und Rohstoffderivatemärkten zu erhöhen sowie die Manipulationsrisiken und damit die Volatilität der Rohstoffpreise zu verringern. Hierfür brauche man mehr Kontrollen sowie angemessene Eingriffsmöglichkeiten für Aufsichtsbehörden, um bestimmte Geschäfte begrenzen zu können. Die Experten räumten aber ein, dass es umstritten sei, welche Rolle spekulative Finanzgeschäfte für die massiven Rohstoff-Preisanstiege der jüngsten Vergangenheit spielen. Und: Spekulation sei nicht per se etwas Negatives. Entscheidend sei die Dosis – ein Übermaß sei falsch. Daher müsse die richtige Balance zwischen notwendiger und übermäßiger Regulierung ge-

funden werden. Der Kongress befasste sich auch mit den politischen Maßnahmen, die auf den Weg gebracht worden sind. In den USA versucht beispielsweise die amerikanische Terminbörsenaufsicht die Zahl der von einem Händler gehaltenen Kontrakte zu begrenzen.

„Richtige Balance zwischen notwendiger und übermäßiger Regulierung finden.“

In Europa hat der Binnenmarktkommissar Michel Barnier die Neufassung der Vorgaben für den Wertpapierhandel, kurz Mifid, vorgeschlagen. Diese EU-Finanzmarkttrichtlinie regelt die Bedingungen für den Wertpapierhandel, soll dem Anlegerschutz durch neue Verhaltens- und Transparenzpflichten dienen, den Wettbewerb zwischen Handelsplattformen fördern und kann auch die Preisentwicklung bei Rohstoffen beeinflussen.



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble auf dem Kongress  
Foto: Steven Rösler

## Ausgaben für außeruniversitäre Forschung gestiegen

Die außeruniversitären Ausgaben für Forschung und Entwicklung sind im Jahr 2010 leicht angestiegen. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, gaben außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gegenüber dem Vorjahr 4,2 Prozent mehr für Forschung und Entwicklung aus. Dies entspricht rund 10,4 Milliarden Euro. Ebenso stieg die Anzahl der außeruniversitären Vollzeitmitarbeiter um 90.500 Mitarbeiter an.

### 70 Milliarden für Forschung

Insgesamt kamen rund 14,8 Prozent der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zugute. 18 Prozent der Ausgaben entfielen auf die Forschungsbereiche der Universitäten. Alles in allem wurden 2010 knapp 70 Milliarden Euro für die deutsche Forschung und Entwicklung aufgewendet.

### Verteilung der Forschungsgelder

Fast drei Viertel der Ausgaben (73,1 Prozent) entfielen auf naturwissenschaftliche Forschungsgebiete (4,8 Milliarden Euro) und Ingenieurwissenschaften (2,8 Milliarden Euro). Gefolgt wurden diese von den Geistes- und Sozialwissenschaften mit 12,7 Prozent der Ausgaben (1,3 Milliarden Euro). Das Schlusslicht bildeten die Forschungsausgaben für Humanmedizin (800 Millionen Euro) und Agrarwissenschaften (600 Millionen Euro) mit rund 13,5 Prozent der gesamten Ausgaben.



Zeichnung: Stuttmann

### Termine ([veranstaltungen.cducusu.de](http://veranstaltungen.cducusu.de))

19. März 2012	Kongress Russland nach der Wahl
31. März 2012	Kongress Industriestandort Deutschland
26. März 2012	Kongress Finanzaufsicht
28. März 2012	Kongress Digitale Wirtschaft

### „Fraktion direkt“ bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter [www.cducusu.de/newsletter](http://www.cducusu.de/newsletter) abonnieren.

## Mehr offene Stellen in Deutschland

Im vierten Quartal 2011 gab es 1,13 Millionen offene Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt. Dies teilte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung mit. Im Vergleich zum Vorjahr wurden damit 134.000 zusätzliche Stellen angeboten. Im Vergleich zum

dritten Quartal des Jahres 2011 ist dies sogar ein Plus von 211.000 Stellen. Somit können Befürchtungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt vorerst nicht bestätigt werden.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet ➔ [www.cducusu.de](http://www.cducusu.de)  
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion ➔ [blogfraktion.de](http://blogfraktion.de)  
 Fraktion direkt ➔ [www.cducusu.de/fd](http://www.cducusu.de/fd)

(Bitte auf den Pfeil klicken.)



[www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion](http://www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion)



[www.youtube.com/cducusu](http://www.youtube.com/cducusu)



[twitter.com/cducusubt](http://twitter.com/cducusubt)